

# Behörden Spiegel newsletter

Rettung. Feuer. Katastrophe.



Nr. 22 Berlin und Bonn

3. Dezember 2020



ISSN 2699-9749



**Broemme  
meint**

## Wie sieht die Zukunft aus?

(BS) "Die Zukunft hat den Nachteil, dass wir sie noch nicht kennen." Dies ist ein Zitat von einem meiner Lieblingskünstler, Karl Valentin. Aber genau das ist auch der Reiz. Wir müssen alle sehen, wie wir die Zukunft, auch in der Gefahrenabwehr, gestalten können.

Wie können Einsätze bewältigt werden, wenn es immer weniger Personal gibt? Wie kann die Arbeit geleistet werden, wenn wir neue Risiken, wie beispielsweise durch die Wasserstofftechnologie, haben? Müssen Einsatzfahrzeuge immer größer, immer schwerer und immer teurer werden? Oder kommen wir zu völlig neuen Konzepten?

Das Diskutieren über neue Wege in der nahen und erst recht in der fernen Zukunft ist etwas ganz anderes als die Beschaffung eines neuen LHF. Es ist wichtig, dass sich bei diesen Diskussionen weitere Kreise der Anwender beteiligen, denn nur die wissen, was man jetzt schon besser machen kann. Man muss auch mit Wissenschaftlern reden, die eine Vorstellung haben, wie unsere zukünftige Welt aussehen könnte.

Eine spannende Zeit, in der wir gerade leben.

## Albrecht Broemme

Er war als Landesbranddirektor Leiter der Berliner Feuerwehr (1992-2006) und anschließend Präsident des THW (2006-2019).

## Rechtsradikaler Chat bei BF Bremen

(BS) Nach rechtsradikalen Chats in Bad Lobenstein in Thüringen von einer Freiwilligen Feuerwehr erschüttert ein weiterer Chat mit rechtsradikalen und rassistischen Bildern von einer Feuerwehrabteilung der Berufsfeuerwehr Bremen die Community. Die Bremer Behörden haben die Ermittlung aufgenommen und erste Durchsuchungen durchgeführt. Drei Personen aus der Feuerwehr hatten auf die Vorgänge aufmerksam gemacht.

Die geteilten Inhalte der Chatgruppe erfüllten nach einer ersten strafrechtlichen Prüfung die Tatbestände der Volksverhetzung und der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. Die Staatsschutzabteilung der Kriminalpolizei Bremen hat die Ermittlung aufgenommen und Zeugen vernommen. Ebenso wurden Räumlichkeiten des Hauptbeschuldigten durchsucht und Handys sowie Computer beschlagnahmt. Der Hauptbeschuldigte wurde vom Dienstsuspendiert. Es wurde zudem entschieden, für das disziplinarrechtliche Verfahren eine Sonderermittlerin einzusetzen. Sonderermittlerin wird Karen Buse. Buse war zuvor Präsidentin des Hanseatischen Oberlandesgerichtes (OLG) in Bremen und mehrere Jahre als Staatsrätin im Innenressort tätig.

## Landesamt für Verfassungsschutz untersucht mögliches Netzwerk

Neben den Ermittlungen der Strafverfolgungsbehörden wurde auch das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) Bremen bei der Aufklärung aktiv. Es soll mögliche "darüber hinaus reichende Netzwerke" aufklären. "Dies ist wichtig, gerade auch vor dem Hintergrund von



Nach Bekanntwerden von Chats mit rechtsradikalem Inhalt bei der Polizei sind nun auch Fälle im Feuerwehrumfeld bekannt geworden.

Foto: BS/Thomas Ulrich, [pixabay.com](https://pixabay.com)

Hass und Hetze in sozialen Netzwerken, die gezielt eingesetzt werden, um rechtsextremistische Ideologien bis in die Mitte der Gesellschaft zu tragen", erläuterte Bremens Innensenator, Ulrich Mäurer (SPD).

Aber nicht nur der Vorwurf der Verwendung von Symbolen von verfassungsfeindlichen Organisationen steht im Raum. Zusätzlich werden Untersuchungen aufgrund von frauenfeindlichen und sexistischen Vorfällen sowie Mobbing durchgeführt. So sei eine lesbische Feuerwehrfrau mit Migrationshintergrund rassistisch, sexistisch und homophob beleidigt worden. Dazu liege auch eine Tonaufnahme vor, auf der die Beschuldigten besprechen, die Kollegin zusammenzuschlagen. Über allem steht die Frage, warum die Vorgänge erst jetzt ans Licht kommen. Die beschriebenen Vorfälle ereigneten sich offenbar über mehrere Jahre. Ebenso wird untersucht, ob Vorgesetzte ihre Aufsichtspflicht verletzt haben.

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

Bis auf Weiteres übernimmt Mäurer die Leitung der Bremer Feuerwehr, da der Leiter der Bremer Berufsfeuerwehr, Karl-Heinz Knorr, momentan freigestellt ist, um die Umsetzung der Impfstrategie Bremens mit zu organisieren.

Im Anschluss übernimmt Knorr die Leitung des Landeskatastrophenschutzes im Innenressort. Die Amtsleitung der Berufsfeuerwehr wird voraussichtlich bis Februar 2021 unbesetzt bleiben. Bei der Leitung wird Mäurer von Birthe Heins, der zuständigen Referatsleiterin für den Bereich der Feuerwehr in der Senatsverwaltung, und Oliver Iden, dem stellvertretenden Amtsleiter der Feuerwehr, unterstützt. "Ich werde in den nächsten Tagen mit den Männern und Frauen der Wachabteilungen und allen Funktionsträgern das Gespräch suchen, um mir ein erstes Bild zu machen und einen gemeinsamen Weg zur Bewältigung dieser schwierigen Lage zu finden," so Mäurer.

**Vorfall auch bei der Berliner Feuerwehr**

Aber nicht nur in der Hansestadt wurde Extremismusvorwürfe gegen einen Feuerwehrangehörigen erhoben. Die Berliner Feuerwehr erhielt durch Medienberichte die Kenntnis, dass ein Feuerwehrmann "rechtskonservative Wertvorstellungen" vertrete. Der Mann soll außerdem einen Patienten mit Migrationshintergrund während eines Einsatzes im Jahr 2018 beleidigt haben. Ebenso



Bremens Innensenator Ulrich Mäurer (SPD) übernimmt die Leitung der Bremer Feuerwehr. Foto: BS/Senator für Inneres Bremen

existiere ein Foto, das die betreffende Person vor einem NPD-Wahlplakat zur Bundestagswahl 2009 zeigt.

Die Berliner Feuerwehr führte nach Bekanntwerden eine interne Prüfung durch. Das entsprechende Foto sei schon vor einigen Jahren aufgenommen worden. Mittlerweile sei das Foto aus den Räumen der Feuerwehr entfernt worden. Ermittlungen zu dem Vorfall aus dem Jahr 2018 gegen den Feuerwehrangehörigen wurde von Staatsanwaltschaft eingestellt. Jedoch zum gleichen Sachverhalt findet im Januar 2021 ein Verfahren, in dem der Beamte als Geschädigter durch den vermeintlich Beleidigten auftritt, statt.

Die Feuerwehr Berlin prüft jedoch den Vorwurf der extremistischen Gesinnung durch Vorermittlungen weiter. Von diesen hängt ab, ob im Anschluss ein Disziplinarverfahren wegen Verstoßes gegen die Wohlverhaltens- und Neutralitätspflicht einzuleiten ist.

**Infobox**

**Unsere anderen Angebote**

(BS) In den aktuellen Ausgaben der weiteren Newsletter sowie des Podcasts des Behörden Spiegel finden Sie folgende Themen:

[Newsletter "Verteidigung. Streitkräfte. Wehrtechnik" vom 30. November:](#)

- Steigender Verteidigungsetat
- Laserwaffen für die Bundeswehr
- Tagung zum Englischen Kanal und der Nordsee

[Newsletter "Netzwerk Sicherheit" vom 30. November:](#)

- Sinkende Kriminalitätsfurcht in S-H
- Neuer Vorsitzender im PKGr
- Internetseite zur vertraulichen Spurensicherung

[Podcast "Public Sector Insider" vom 1. Dezember:](#)

- Haushaltsfragen
- Analoges Retten
- Armes Schwein

[Newsletter "E-Government, Informationstechnologie und Politik" vom 2. Dezember:](#)

- Last Call – IT-Konsolidierung
- Mit der Digitalisierung das Klima schützen
- Estland von Cyber-Angriffen getroffen

# WEBINAR

**Digitalisierung beginnt im kleinen – Low Code in der Öffentlichen Verwaltung**



**Martin Irtmann**  
Director Strategy & Innovation Public Sector, Oracle Deutschland



**Sven Arnold**  
Manager Public Sector, Sopra Steria



**Hubert Lürkens**  
Leiter Software-Entwicklung, Kraftfahrtbundesamt



**Maciej Berghof**  
Leader Solution Engineering, Oracle



**Maciej Dabrowski**  
Senior Manager Public Sector, Sopra Steria NEXT



**Dr. Clemens Adelmann**  
Referent IT-Projekte / stellv. Leiter IT, Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung

Freitag, 11. Dezember, 9:30 – 11:00 Uhr

Ein Webinar des **Behörden Spiegel**



## Kann KI den Sicherheitsbehörden helfen?

(BS) Als "Konsequenz aus dem Fall Anis Amri" soll die Bundespolizei mehr Befugnisse bekommen. So steht es zumindest im Kompromiss von CDU/CSU und SPD. Die Bundespolizei soll u. a. Nachrichten in verschlüsselten Chatdiensten mitlesen können. Doch welche Auswirkungen wird die Novellierung des Gesetzes haben? Reichen die gefassten Änderungen? Zu diesen und anderen Fragen diskutieren u. a. Bundestagsabgeordneter Michael Brand (CDU), Bundestagsabgeordnete Dr. Irene Mihalic (Bündnis90/Die Grünen) und Jörg Radek, Stellvertretender Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP), am 4. Dezember von 12:00 bis 12:45 Uhr auf der Plattform [Digitaler-Staat.Online](https://www.digitaler-staat.de).

Aber nicht nur Gesetze verändern die Arbeit von Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS), sondern auch der technische Fortschritt spielt eine

bedeutende Rolle. Es werden große Hoffnungen in den Einsatz von Künstlicher Intelligenz gesetzt. Es lassen sich große Datenmengen nach verschiedenen Aspekten schnell, personennah, Ressourcen sparend und zielsicher durchsuchen und erfassen. Doch was ist technisch schon alles machbar ist? Was muss an gesetzlichen Vorgaben geändert werden?

Dazu diskutieren Thomas Roosen, Direktor des Landesamtes für Zentrale Polizeiliche Dienste Nordrhein-Westfalen (LZPD), Marc Schlingheider, Direktor Geschäftsbereich Bund & Innere Sicherheit bei IBM, und Hans-Christian Witthauer, Vizepräsident bei der Zentrale Stelle für Informationstechnik im Sicherheitsbereich (ZITiS), am 9. Dezember von 10:00 bis 11:30 auf der Plattform [Digitaler-Staat.Online](https://www.digitaler-staat.de). Die Teilnahme an den Diskussionsrunden ist kostenlos.

Weitere Informationen finden sich [hier](#).

## Interschutz 2022

(BS) Nach dem die Messe "Interschutz" dieses Jahr aufgrund der Corona-Pandemie zunächst auf das Jahr 2021 verschoben wurde, teilte nun der Ausrichter, die Deutsche Messe AG, einen neuen Termin mit. Die Messe soll nun vom 20. bis 25. Juni 2022 stattfinden. Die Entscheidung sei mit "Partnern, Ausstellern und Vertretern wesentlicher Besucherzielgruppen" besprochen worden.

"Noch ist nicht abzusehen, wann wir über den Berg sind. Deshalb begrüßt die vfdB die Entscheidung, die INTERSCHUTZ auf 2022 zu verschieben", so Dirk Aschenbrenner, Präsident der Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes (vfdB).

Man gehe davon aus, dass sich im Jahr 2022 die Pandemie abgeschwächt hat und größere Veranstaltungen, wie die Interschutz, ohne Probleme wieder ausgerichtet werden können.



**EWERS**  
Karosserie- und Fahrzeugbau

**ELW2 SH**  
mit beidseitig ausklappbarem Besprechungsraum (Version 3)  
Serie 2020:  
6 Fahrzeuge für das Land Schleswig-Holstein

**BtLKW NRW**  
zur Aufnahme des „Verpflegungsmodul NRW“ verlastet auf 12 Rollwagen  
Serien 2019-2021:  
108 Fahrzeuge für das Land Nordrhein-Westfalen

[www.ewers-online.de](http://www.ewers-online.de)

## Stuttgart: Stärkung des Ehrenamtes

(BS) Im baden-württembergischen Ministerrat wurde auf Initiative von Innenminister Thomas Strobl (CDU) ein Gesetz zur Stärkung der Rechte der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer im Bevölkerungsschutz beschlossen. Dieses Gesetz wird nun in den Landtag eingebracht.

Das Gesetz sieht vor, die Rechte von ehrenamtlichen Kräften auch unterhalb der Katastrophenschwelle zu stärken und rechtlich klarer zu regeln. Mit der Neuregelung wird sich das Land zukünftig mit einer Pauschale an der Ausbildung und Ausrüstung der Katastrophenschützer beteiligen. Außerdem erweitert das Gesetzesvorhaben den Regelungsbereich des Landeskatastrophenschutzgesetzes (LKatSG) im Hinblick auf die Rechte von ehrenamtlichen Einsatzkräften bei "außergewöhnlichen Einsatzlagen". Dies sind Lagen, die noch nicht die Dimension einer Katastrophe erreicht haben, aber

den Einsatz von ehrenamtlichen Kräften des Bevölkerungsschutzes erfordern. Durch das Gesetz soll das Recht auf Freistellung vom Arbeitsplatz und als Gegenstück die Pflicht zur Einsatzteilnahme regelt werden. Zudem soll nach dem Vorhaben das Land Verdienstaufälle übernehmen oder Schadens- und Aufwendungsersatz, falls die Ehrenamtlichen bei einem Einsatz Einbußen erleiden, leisten.

### Einsatz bei Pandemie oder langen Staus

"Ehrenamtliche Helferinnen und Helfer im Bevölkerungsschutz sollen durch einen Einsatz keine finanziellen Nachteile haben. Sie sollen Kostenersatz für Aufwendungen, Verdienstaufall und eingetretene Schäden erhalten – und das nicht nur bei Katastrophen, sondern auch bei anderen außergewöhnlichen Einsatzlagen wie zum Beispiel der Mithilfe von Einheiten des Be-



Mit dem Gesetzesvorhaben in Baden-Württemberg möchte die Landesregierung die Rahmenbedingungen für ehrenamtliche Einsatzkräfte verbessern.

Foto: BS/Benedict Rottmann, [pixabay.com](http://pixabay.com)

völkerungsschutzes bei einer Pandemie oder einem langen Stau, bei dem im Winter Autofahrer mit Decken und heißen Getränken versorgt werden", erklärte Strobl zu dem Gesetz.

# MEISTER-hafte Qualität, die hell auf begeistert!

- ⇒ kompakt auf Stativ und Flutlichttragen
- ⇒ unkompliziert am Lichtmast
- ⇒ bequem als Handscheinwerfer
- ⇒ Deutsches Qualitätsprodukt
- ⇒ zuverlässige, langjährige Ersatzteilversorgung

[www.karl-meister.de](http://www.karl-meister.de)



Unser „Highlight“:  
Der Strahler LED 180 AC  
mit 23.100 Lumen!

KARL *Meister* GmbH

## DRK-Leitung bestätigt

(BS) Auf der diesjährigen Landesversammlung des Landesverbands Westfalen-Lippe des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) wurden für die Landesrotkreuzleitung Tanja Knopp, Thorsten Junker und Dr. Uwe Devrient im Amt bestätigt. Sie werden für weitere vier Jahre in der Rotkreuzleitung tätig. Ebenfalls wiedergewählt wurde der Vorsitzende des Schiedsgerichts Helmuth Schlüter. Neben den Wahlen und der Vorstellung des Tätigkeitsberichts des Präsidiums und des Vorstandes wurde Christoph Brodesser, Abteilungsleiter Nationale Hilfsgesellschaft, in den Ruhestand verabschiedet. Er kann auf eine 40-jährige Dienstzeit beim DRK-Landesverband zurückblicken.



Dr. Fritz Baur, Präsident des Landesverbandes, (links) und Landesverbandsvorstand Dr. Hasan Sürgit (rechts) verabschiedeten Christoph Brodesser.

Foto: BS/DRK LV Westfalen-Lippe

## Czaja wiedergewählt

(BS) Mario Czaja wurde auf der turnusmäßigen Versammlung des Landesverbandes Berlin des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) für weitere vier Jahre als ehrenamtlicher Präsident bestätigt. Neben Czaja wurde auch Jens-Uwe Retter für die Positionen als Vizepräsident und Landesarzt wiedergewählt. Als neue Vizepräsidentin und Justitiarin des Landesverbandes wurde Inka Müller-Schmäh gewählt. Auch sie werden ehrenamtlich tätig sein.

Die Landesversammlung fand aufgrund der Corona-Pandemie zum ersten Mal weitestgehend als digitale Konferenz statt. Die Landesversammlung ist das oberste Beschlussorgan des Berliner Roten Kreuzes.



Mario Czaja wird für weitere vier Jahre als ehrenamtlicher Präsident im Landesverband Berlin des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) tätig werden.

Foto: BS/DRK LV Berlin

## Neuer Leiter der LFS-BW

(BS) Branddirektor Frieder Lieb wurde zum Leiter der Landesfeuerwehrschule Baden-Württembergs (LFS-BW) ernannt. Er folgt auf Landesbranddirektor Thomas Egelhaaf. Egelhaaf war seit 2010 Leiter der LFS-BW und wurde im April zum Leiter des Referats "Feuerwehr und Brandschutz" im Innenministerium Baden-Württembergs ernannt. Er nahm zuletzt beide Ämter wahr.

Lieb absolvierte nach seiner Ausbildung und seinem Studium ein Brandreferendariat beim Regierungspräsidium Darmstadt. Er war unter anderem schon als Abteilungsleiter an der LFS-BW und als Bezirksbrandmeister im Regierungspräsidium Stuttgart tätig.



Branddirektor Frieder Lieb wurde zum Leiter der Landesfeuerwehrschule Baden-Württembergs (LFS-BW) in Bruchsal ernannt. Er folgt auf Thomas Egelhaaf.

Foto: BS/LFS-BW

→ 21. Januar 2021 WEBKONFERENZ

# Hamburger Vergabetag 2021

### Praxis-Workshops:

1. Wettbewerblicher Dialog
2. Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten in der Angebotswertung
3. Die vergaberechtskonforme Beschaffung von Verpflegungsleistungen
4. Die Wahl der Verfahrensart und ihr Einfluss auf den Markt
5. Lieferantenmanagement
6. Vergaberecht und Insolvenz
7. Die Vergabe von Architekten- und Ingenieurleistungen
8. Häufige Fehler im Vergabeverfahren
9. Aktuelle Rechtsfragen zur Vergabe von Wegennutzungsrechten
10. IT-Beschaffung konkret
11. Nutzung der Inhouse-Vergabe
12. Ausschlussgründe und Selbstreinigung im Vergaberecht
13. Dringlichkeit, Rügen, Kostenexplosion und Co.
14. Beschaffung gebrauchter Software-Lizenzen

### Keynotes u.a. von:



**Dr. Christine Maimann,**  
Vorsitzende Richterin am  
Oberlandesgericht, Vergabesenat  
des OLG Düsseldorf



**Bettina Lentz,**  
Staatsrätin, Finanzbehörde der  
Freien und Hansestadt Hamburg



**Dr. Gundula Fehns-Böer,**  
Richterin am Oberlandesgericht,  
Vergabesenat des OLG Frankfurt  
a.M.

### Hamburger Vergabetag – DER Treffpunkt für öffentliche Einkäufer, Auftragnehmer und Vergaberechtler

Diskutieren Sie über aktuelle Rechtsfragen und einschlägige Spruchpraxis und erfahren Sie, wie digitale Einkaufsstrategien wirksam und zugleich rechtskonform umgesetzt werden können. Die insgesamt 14 Workshops mit einem stark praxisorientierten Ansatz sowie die Möglichkeit zum virtuellen Erfahrungsaustausch in der Behörden Spiegel-Webblounge runden den Hamburger Vergabetag weiter ab.

Veranstalter:



Mit fachlicher Unterstützung von:



→ Online-Anmeldung unter [www.hamburger-vergabetag.de](http://www.hamburger-vergabetag.de)

Foto Hamburg: © John Smith, stock.adobe.com

## Schweinepest: Bundeswehr und THW kämpfen

(BS) Eine Seuche ist der Grund für den bisher größten Einsatz von Soldaten der Regionalen Sicherungs- und Unterstützungskompanien (RSU) seit ihrem Bestehen. Allerdings nicht Corona, sondern die Afrikanische Schweinepest. Im Gegensatz zu Corona ist diese für die Schweine fast immer tödlich.

Auch bei der Bekämpfung der Schweinepest helfen Soldaten. "Die 30 RSU-Kompanien der Bundeswehr sind nichtaktive Bestandteile der Territorialen Reserve für den regionalen Heimatschutz. Sie gehören zur Streitkräftebasis und werden durch das Landeskommando des jeweiligen Bundeslandes geführt", beschreibt die Streitkräftebasis (SKB). "In den RSU-Kompanien leisten Soldatinnen und Soldaten der Reserve aller Dienstgradgruppen und Uniformträgerbereiche freiwillig Dienst mit regionalem Bezug zu ihrem Bundesland. Im Rahmen der zivil-militärischen Zusammenarbeit können die RSU-Kompanien durch die jeweiligen Landeskommandos zu unterstützenden Hilfeleistungen im Katastrophenfall herangezogen werden." Insgesamt 198 Soldaten sind aktuell an der ostdeutschen Grenze Richtung Polen unterwegs.

"Auch im Hilfeinsatz gegen die Ausbreitung der Afrikanischen Schweinepest unterstützen unsere Soldatinnen und Soldaten auf allen Ebenen flexibel, reaktionsschnell und durchhaltefähig", sagte Generalleutnant Schelleis, Inspekteur der Streitkräftebasis, bei seinem Besuch der eingesetzten RSU-Kräfte im Landkreis Märkisch-Oderland.

### Suche nach Kadavern

Einer der Hauptschwerpunkte ist das Durchkämmen der Wälder auf der Suche nach toten Wildschweinen, die dann gemeldet und durch die Landkreise eingesammelt und untersucht werden. Die Soldaten führen dabei keine Waffen mit sich. Sie wären auch nicht berechtigt kranke Tiere zu töten, da dies eine besondere jagdliche Ausbildung erfordert. Bisher wurden in vier Landkreisen insgesamt 184 tote Wildschweine entdeckt. Mehr Landkreise sind aktuell noch nicht betroffen. Ein weiterer

Schwerpunkt ist der Bau von Zäunen, um die Verbreitung einzudämmen. So werden beispielsweise am Truppenübungsplatz Oberlausitz – der durch seine herausragend intakte Natur bekannt ist, auch die ersten deutschen Wölfe siedelten sich hier an – aktuell Zäune errichtet, um das Durchziehen der Wildschweine zu verhindern.

Ein ähnliches Aufgabenspektrum hat auch das Technische Hilfswerk (THW). Mehr als einen Monat lang errichteten THW-Einsatzkräfte aus elf sächsischen Ortsverbänden eine 128 Kilometer lange Wildschweinbarriere entlang der sächsischen Grenze zu Polen. Der Freistaat Sachsen hatte hierzu ein Amtshilfeersuchen an das Technische Hilfswerk gestellt. Ebenso gingen Kräfte des THW in Brandenburg auf die Suche nach verendeten Tieren, die an dem Virus verstarben.

### Hohe Letalität des Virus

Über 90 Prozent der infizierten Schweine sterben an dem Virus, auf Menschen ist er nicht übertragbar. Bisher wurden in Deutschland nur infizierte Wildschweine gefunden. Nun könnte man sagen, schade für die Schweine, nach der Theorie der Herdenimmunität wird sich das Problem aber irgendwann von selbst erledigen. Diese Gedanken sind aus zwei Gründen nicht richtig.

Erstens zeigt die Geschichte, dass sich dieses Virus nicht von alleine erledigt. In den 60er Jahren brach die Afrikanische Schweinepest bereits in Spanien und Portugal aus. Es brauchte 30 Jahre, bis die beiden Länder sie wieder loswurden.

### Hohe Lebensdauer des Virus

Das Problem liegt in der hohen Überlebensfähigkeit des Virus. Wie der Behörden Spiegel vom Friedrich-Loeffler-Institut – dem deutschen Institut für Tiergesundheit – erfahren konnte, hält sich der Erreger Jahre bis Dekaden in Kadavern. Dies gilt auch für Schweineprodukte. Etwa in Schinken konnten nach sechs Monaten noch aktive Viren nachgewiesen werden. Nur das Kochen der Lebensmittel ist absolut zuverlässig. Auch wenn Wildschweine keine Kannibalen sind, kauen Frischlinge durchaus schon mal auf



Die Soldaten der RSU-Kompanie Sachsen unterstützen die Fallwildsuche an der deutsch-polnischen Grenze.

Foto: Anne Weinrich/SKB

im Wald liegenden Knochen. Selbst in deren Mark können sich nach der Skelettierung des Tieres noch aktive Viren befinden.

Der zweite Grund ist ein wirtschaftlicher. In Deutschland ist der Ausbruch regional begrenzt, Hausschweine sind nicht infiziert. Allerdings machen viele Länder ihre Grenzen für Schweineprodukte komplett dicht, sobald in einem Land die Afrikanische Schweinepest ausgebrochen ist. China beispielsweise. China hat über die Hälfte seiner Hausschweine durch diese Krankheit verloren. Deutsche Schweinebauern und -verwerter verdienten sich deshalb Anfang des Jahres eine goldene Nase mit dem Export ins Reich der Mitte. Damit war nach dem ersten Fall Afrikanischer Schweinepest am 8. September 2020 in Sempten sofort Schluss. Angesichts der langen Haltbarkeit des Virus ein verständliches, aber wirtschaftlich ungünstiges Verhalten. Bis auf andere Länder in der EU – das eine Regionalisierung der Restriktionszonen kennt – will aktuell kaum noch jemand Schwein killed in Germany.

Einen wirklichen Durchbruch könnte auch bei dieser Pandemie nur ein Impfstoff bringen, der mittels Lockködern in die Wildschweine gelangt. An dem wird allerdings schon seit Jahrzehnten geforscht und auch wenn es ein paar aussichtsreiche Kandidaten gibt, blieb ein wirklicher Erfolg bisher aus. Es helfen also nur Zäune und das Sammeln der Kadaver.

## Studie über Technologien im Katastrophenschutz

(BS) Was ist das nächste große Ding? Was kann in Zukunft das Retten unterstützen? Wie können im Einsatz Abläufe vereinfacht und beschleunigt werden? Dies möchten die Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes (vfdb) und die Karlsruher Hochschule (HsKA) wissen. Dazu haben beide Partner eine Studie zum Thema "Zukunftstechnologien und -szenarien im Brand- und Katastrophenschutz" gestartet. An dieser Studie können sich Angehörige von Feuerwehren, Rettungsdiensten und Bevölkerungsschutz in einer Online-Umfrage beteiligen. Sie bildet die weitere Grundlage für die Analyse.

In der Umfrage werden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer unter anderem nach ihrer Meinung zur Umsetzbarkeit von Technologien in der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr oder zu ihrer Einschätzung, welche

Technologie das größte Zukunftspotenzial für den Brand- und Katastrophenschutz hat, befragt.

Vorangegangen war eine Studie der vfdb zur Digitalisierung von Einsatzorganisationen. ([Der Behörden Spiegel berichtete](#)). "Erst im Sommer hatte eine von uns initiierte Studie zur Digitalisierung in der zivilen Gefahrenabwehr gezeigt, welche große Defizite in diesem Bereich bestehen", erklärte vfdb-Präsident Dirk Aschenbrenner. Die Vereinigung forderte in einem offenen Brief an die Politiker von Bund und Ländern die Schaffung eines Kompetenzzentrum, wie das Deutsche Robotik-Zentrum (DRZ), und eines "DigitalPaktes Gefahrenabwehr".

Im Anschluss an die Studie aus dem September dieses Jahres fanden Workshops mit Experten statt. In diesen wurden unterschiedliche Technologien erörtert und



*Können Roboter beim Retten unterstützen? Eine Studie will dies herausfinden.*

Foto: BS/Klawon

bewertet. Im Rahmen der neuen Umfrage sollen die Ergebnisse diskutiert und ausgewertet werden. Alexia Wunsch und Prof. Dr. Hendrik Rust von der Hochschule Karlsruhe leiten die Studie.

Die Teilnahme an der Umfrage ist bis zum 15. Januar 2021 möglich. Sie findet sich [hier](#).

## S-H verteilt Notstromaggregate

(BS) Das Innenministerium Schleswig-Holsteins hat an jeden Kreis und an jede kreisfreie Stadt je zwei Notstromaggregate verteilt. Durch die Aggregate sollen Tankstellen auch bei größeren Stromausfällen weiterbetrieben werden können.

"Ohne Strom funktioniert heute fast nichts mehr. Deswegen haben nahezu alle lebenswichtigen Grundversorger heute Notstromaggregate. Die laufen allerdings mit Diesel. Und der kommt aus Tankstellen, die für ihre Pumpen Strom brauchen.

Mit unseren Notstromaggregaten können die Kreise und kreisfreien Städten je zwei Tankstellen im Falle eines Stromausfalls am Laufen halten", erläuterte Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU), Innenministerin Schleswig-Holsteins. Für die Beschaffung der Gerätschaften sowie den Einbau stellt das Innenministerium 1,65 Millionen Euro zur Verfügung.

Die Kreise und kreisfreien Städte entscheiden über die Auswahl geeigneter Tankstellen für Schwerpunktversorgung

im Ereignisfall selbst. Ebenso treffen die Kommunen auch die Entscheidung darüber, wer die Notstromaggregate im Alltag nutzen kann. "Dafür kommen Feuerwehren, Hilfeleistungsorganisationen und zum Teil auch Ortsverbände des Technischen Hilfswerkes in Frage. Denn ebenso wie die durch das Land zur Verfügung gestellten Katastrophenschutzfahrzeuge dürfen und sollen die Geräte selbstverständlich auch in der täglichen Gefahrenabwehr genutzt werden", so Sütterlin-Waack.

## WEBINAR

**Mit Prozessen ganzheitlich digitalisieren –**  
So machen Sie Ihre Organisation, Technik und Mitarbeiter:innen fit für die Zukunft



**Dr. Annika Wederhake**  
Geschäftsfeldmanagerin  
Digitalisierungsberatung,  
MACH AG



**Monja Denkert**  
Fachteamleiterin Prozessmanagement,  
MACH AG



**Markus Koenemann-Schultze**  
Abteilungsleiter Interne Revision,  
Ärzteversorgung  
Niedersachsen

Dienstag, 15. Dezember, 9:30 – 11:00 Uhr

Ein Webinar des **Behörden Spiegel**



**BSC** Berlin Security Conference   
19<sup>th</sup> Congress on European Security and Defence

**PRÄSENZVERANSTALTUNG VERSCHOBEN**  
Melden Sie sich zum neuen Termin an unter [www.euro-defence.eu](http://www.euro-defence.eu)



Foto: Klaus Dombrowsky

## Europe – a cohesive bond for strong power

Partnerland: Tschechien

Highlights im Hauptprogramm, u. a.:

- > **HIGH-LEVEL-DEBATTE:** Europäische Sicherheit und Verteidigung – Mittel- und Osteuropäische (Erwartungen) und Beiträge
- > **HIGH-LEVEL-INTERVIEW:** Umsetzung der Gender-Politik in der Verteidigungsplanung von NATO und EU
- > **MILITÄRISCHES HIGH-LEVEL-FORUM:** Stärkung der europäischen Sicherheit durch regionale militärische Zusammenarbeit
- > **FORUM ZUKÜNFTIGE STREITKRÄFTE:** EU-Verteidigungsinitiativen für technologische Innovation und relevante Fähigkeiten

140 Top-Referenten, u. a.



**Tomáš Petříček**  
Minister für Äußere  
Angelegenheiten der  
Tschechischen Republik



**Helga Maria Schmid**  
Generalsekretärin  
Europäischer Auswärtiger  
Dienst (EEAS)



**Lubomír Metnar**  
Verteidigungsminister der  
Tschechischen Republik



**Niels Annen** MdB  
Staatsminister beim  
Bundesminister des  
Auswärtigen



**General Claudio  
Graziano**  
Vorsitzender des  
Militärausschusses der  
Europäischen Union



**Thomas Silberhorn** MdB  
Parlamentarischer  
Staatssekretär bei der  
Bundesministerin der  
Verteidigung



**Péter Szijjártó**  
Minister für Auswärtige  
Angelegenheiten von Ungarn



**General Eberhard Zorn**  
Generalinspekteur der  
Bundeswehr

[www.euro-defence.eu](http://www.euro-defence.eu)

Veranstalter **Behörden Spiegel**

**Impressum**

Herausgeber und Chefredakteur von Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe.: Uwe Proll.  
Redaktionelle Leitung: Marco Feldmann, Bennet Klawon. Redaktion: Dorothee Frank, Jörn Fieseler, Guido Gehrt, Michael Harbeke, Tanja Klement, Lora Köstler-Messaoui, Gerd Lehmann, Wim Orth, Thomas Petersdorff, Dr. Gerd Portugal, Dr. Eva-Charlotte Proll, Kilian Recht, Benjamin Stiebel. Redaktionsassistentin: Kirsten Klenner, Kerstin Bauer (Berlin).  
ProPress Verlagsgesellschaft mbH, Friedrich-Ebert-Allee 57, 53113 Bonn, Telefon: 0049-228-970970, Telefax: 0049-228-97097-75,  
E-Mail: [redaktion@behoerderspiegel.de](mailto:redaktion@behoerderspiegel.de); [www.behoerderspiegel.de](http://www.behoerderspiegel.de). Registergericht: AG Bonn HRB 3815. UST-Ident.-Nr.:DE 122275444 - Geschäftsführerin: Helga Woll.  
Programmbeirat: Gerd Friedsam, Christoph Flury, Ulrich Grüneisen, Siegfried Jachs, Peter-Michael Kessow, Dr. Johannes Richert, Rainer Schwierczinski, Jochen Stein, Robert Stocker, Christoph Unger. Der Verlag hält auch die Nutzungsrechte für die Inhalte von "Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe". Die Rechte an Marken und Warenzeichen liegen bei den genannten Herstellern. Bei direkten oder indirekten Verweisen auf fremde Internetseiten ("Links"), die außerhalb des Verantwortungsbereiches des Herausgebers liegen, kann keine Haftung für die Richtigkeit oder Gesetzmäßigkeit der dort publizierten Inhalte gegeben werden.